

Schweiz

Bund tut doch nichts gegen Pitbulls und andere gefährliche Hunde

Der Nationalrat hat die nationalen Massnahmen zum Schutz vor Kampfhunden definitiv abgelehnt. Zur Erleichterung der Zürcher Regierung und zum Leidwesen der Tierschützer.

Von Daniel Friedli, Bern

Der Abschluss war symptomatisch für die ganze Beratung des Geschäfts: Zuerst hiess der Nationalrat gestern das nationale Hundegesetz stillschweigend gut nur und lehnte es nur eine Stunde später doch noch definitiv ab. Man hatte, obwohl schon zuvor dagegen, schlicht vergessen, den entsprechenden Antrag für das Nein einzureichen.

Es ist, wie mehrere Beteiligte danach bemängelten, nicht das Einzige, was im Laufe der Beratungen zu diesem Gesetz vergessen ging: Ziemlich genau fünf Jahre ist es her, da gaben sich nicht weniger als 114 Nationalräte mit ihrer Unterschrift unter eine Petition des «Blicks» gewissermassen selber den Auftrag, etwas gegen Kampfhunde zu tun und namentlich Pitbulls zu verbieten. Gestern nun stand der letzte Akt dieser Bestrebungen auf der Traktandenliste. Und nun lehnte eine knappe Mehrheit von 95 Nationalräten - vielfach dieselben, die einst die Petition unterschrieben hatten - auch den Rest dessen ab, was nach den jahrelangen Debatten in den Kommissionen und Räten von der lauten Forderung noch übrig geblieben war: ein nationales Hundegesetz, das eine Bewilligung für das Halten potenziell gefährlicher Hunde verlangt hätte, sowie die Pflicht für alle Hundehalter,

Der Rat lehnte auch den Rest dessen ab, was nach den jahrelangen Debatten noch übrig geblieben war.



Der Umgang mit gefährlichen Hunden wird weiter kantonal geregelt. Foto: Plainpicture

eine Haftpflichtversicherung abzuschliessen.

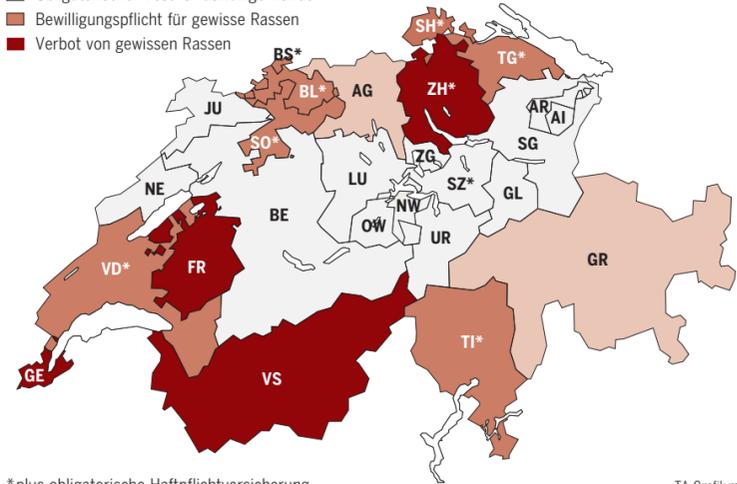
Die Krux: Auf Drängen des Ständerates wollte es das Parlament den Kantonen verbieten, über das nationale Gesetz hinaus noch schärfere Vorschriften anzuwenden. Daran ist die Vorlage nun gescheitert, wofür sich Gegner und Befürworter zum Schluss gegenseitig die Schuld zuwiesen. Den Gegnern habe eben immer schon der Wille gefehlt, effektiv etwas zu tun, hiess es allen voran aus der CVP. Die Gegner, zu finden primär bei FDP, SP und SVP, kontierten, man habe ein zu lasches Gesetz formuliert, eines, das selbst Pitbull-Verbote in den Kantonen noch verunmögliche.

Die Kantone sollen es richten

Tatsächlich hat der Nationalrat mit seinem Nein den Ball nun wieder den Kantonen zugespielt. Dort nahm man das Verdikt unterschiedlich auf. In Zürich, wo das Stimmvolk selber ein Pitbull-Verbot beschlossen hat, reagierte die zuständige Gesundheitsdirektion erleichtert. Man sei zufrieden, dass der Wille

Was die Kantone gegen die gefährlichen Hunde unternehmen

- keine Vorschriften
- Obligatorischer Test für auffällige Hunde
- Bewilligungspflicht für gewisse Rassen
- Verbot von gewissen Rassen



*plus obligatorische Haftpflichtversicherung

TA-Grafik mt

der Zürcher Stimmberechtigten gewahrt bleibe, hiess es. In Bern, wo man bisher auf eine nationale Lösung gewartet hatte, fiel das Echo nüchterner aus. Der Kanton hätte eine nationale Regelung befürwortet, sagte Kantonstierarzt Reto Wyss. Nun müsse man sich überlegen, ob man ebenfalls das eigene Gesetz anpassen müsse.

Enttäuschte Tierschützer

Genau davor graut indes den Tierschützern. Aus Sicht der Hundehalter und ihrer Tiere sei der Entscheid des Nationalrates falsch, sagt Alexandra Spring von der Stiftung für das Tier im Recht. Denn die Hundebesitzer seien schon heute mit einem unzumutbaren Durcheinander von kantonalen Regeln konfrontiert, in dem sich niemand mehr zu rechtfinde. Und laut Julika Fitzi vom Schweizer Tierschutz leiden darunter letztlich auch die Hunde. Denn viele Halter würden ihren Tieren aus reiner Vorsicht Leinen oder Maulkörbe anlegen, wo dies gar nicht nötig sei. Oder sie wollten die Hunde gleich abgeben. Diese landeten dann im Tierheim oder würden, da vielerorts die Plätze bereits belegt seien, gar eingeschläfert.

Die Tierschützer fordern darum, dass sich das Parlament aufrafft und sich doch noch zu einem Gesetz mit lan-

Die Kantone, die mit Rasseverboten vorgeprescht sind, exportieren das Problem an die Nachbarn.

desweiten Standards und ohne Rassenverbote durchringt. Dabei haben sie auch die implizite Unterstützung der Kantonstierärzte. Sie plädieren still, aber mehrheitlich schon lange für mehr Einheit und haben an den Kantonen, die mit Rasseverboten vorgeprescht sind, wenig Freude. «Sie exportieren das Problem gewissermassen an die Nachbarn», sagt Pierre-François Gobat, Präsident der Vereinigung der Kantonstierärzte.

Das Dossier zur Wintersession in Bern: www.session.tagesanzeiger.ch

Dass sich noch eine Einigung finden lässt, glaubt Gobat indes nicht. Dazu sei das Dossier mittlerweile zu stark verpolitisiert. Und auch im Nationalrat dachte gestern niemand ernsthaft daran, nochmals einen Anlauf zu nehmen. Viel wahrscheinlicher scheint derzeit, dass die Grosse Kammer nächste Woche auch noch den Verfassungsartikel ablehnen wird, der dem Bund überhaupt erst eine Handlungskompetenz in der Hundefrage geben soll.

Nachrichten

Landwirtschaft Finanzielle Unterstützung für Bauern wird aufgestockt

Der Nationalrat will die Landwirtschaft 2012 und 2013 mit mehr Geld stützen als der Bundesrat, nämlich mit 6,858 Milliarden Franken. Der Löwenanteil der mit 158 gegen 10 Stimmen bewilligten Zahlungen - 5,626 Milliarden - entfällt auf Direktzahlungen. Der Nationalrat behandelte die Vorlage am Montag als Erstrat und folgte der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Sie beantragte, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Zahlungsrahmen von insgesamt 6,728 Milliarden Franken um 130 Millionen auf 6,858 Milliarden zu vergrössern. Die SVP, die CVP und auch die Mehrheit der BDP unterstützten die WAK-Mehrheit. Eine Minderheit von SP, Grünen und FDP beantragte lediglich 70 Millionen mehr als der Bundesrat, kam aber nicht durch. (SDA)

Entwicklungshilfe Ständerat und Nationalrat sind uneinig über Kürzungen

Der Ständerat hat am Montag den Grossteil des Budgets durchberaten. Er hat sich dabei dem Nationalrat widersetzt, der die Entwicklungshilfe um 134 Millionen Franken kürzen will. Der Ständerat sprach sich gegen diese Kürzung aus. Mit 31 zu 12 Stimmen lehnte die kleine Kammer auch einen Antrag von Pankraz Freitag (FDP, GL) ab, der den Verzicht auf 50 Millionen Franken für die Entwicklungshilfe forderte. (SDA)

Finanzdepartement In den meisten Kantonen sinkt die Steuerbelastung

Der bereits in den letzten Jahren beobachtete Trend in den Kantonen zu tieferen Steuern hält an, wie das Eidgenössische Finanzdepartement gestern mitteilte. 2011 werden 24,5 Prozent des Ressourcenpotenzials der Kantone durch Steuerabgaben an Kantone und Gemeinden belastet - 0,5 Prozentpunkte weniger als im Referenzjahr 2010. (SDA)

Arbeitslosenversicherung Verschärfung des Gesetzes trifft bis zu 17 000 Arbeitslose

Bis zu 17 000 Arbeitslose könnten den Anspruch auf Taggelder verlieren, wenn die Arbeitslosenversicherung am 1. April 2011 auf das strengere Regime umgestellt. Das gab Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gestern in der Fragestunde des Nationalrates bekannt. Nach Schätzungen des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) dürften etwa 10 bis 12 Prozent der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Personen betroffen sein. (SDA)

Besuch Schwedischer Premier trifft Ikea-Lehrlinge

Bundespräsidentin Doris Leuthard hat den schwedischen Premierminister Fredrik Reinfeldt empfangen. Von besonderem Interesse war für den Schweden das duale Berufsbildungssystem der Schweiz. Er suchte deshalb das Gespräch mit Lehrlingen des Möbelhauses Ikea. Dafür reiste Reinfeldt eigens in die Ikea-Filiale Lyssach BE. (SDA)

Kreuz & (ver)quer



Das Ja zur Ausschaffungsinitiative der SVP scheint den **Chefredaktor des «SonntagsBlicks»**, Karsten Witzmann, tief beeindruckt zu haben. So stark, dass er der SVP nicht nur zutrat,

im nächsten Herbst die Wahlen zu gewinnen. Der Deutsche traut dem SVP-Chefstrategen **Christoph Blocher** offenbar auch zu, nach der absoluten Mehrheit im Bundesrat zu trachten. Jedenfalls fragte er Blocher in einem Interview zusammen mit seinem Bundeshauskorrespondenten: «Erreicht die SVP 30 Prozent, fordern Sie dann einen **vierten Bundesrat?**» Das wären viermal mehr Bundesräte, als die SVP heute stellt. Doch Blocher holte die beiden «SonntagsBlick»-Journalisten auf den Boden der schweizerischen Bescheidenheit zurück und meinte lachend: «Wir sind schon mit zwei zufrieden.» (is.)

Das Schweizer Postkonto von Wikileaks ist geschlossen

Postfinance beendet die Geschäftsbeziehung mit Julian Assange. Der Wikileaks-Chef habe falsche Angaben zu seinem Wohnsitz gemacht.

Von Verena Vonarburg, Bern

Das Konto 91-765019-6 gibts nicht mehr. Die Internetplattform Wikileaks kann kein Spendengeld mehr über ihr Schweizer Postkonto annehmen. Postfinance schliesst das Konto und beendet die Geschäftsbeziehung mit dem Gründer von Wikileaks, Julian Assange. Das hat das Unternehmen gestern bekannt gegeben. Grund: Assange habe bei Eröffnung des Kontos Genf als sein Domizil angegeben, und das habe sich nun, da man der Sache nachgegangen sei, als falsch herausgestellt. Deshalb sei Postfinance berechtigt, das Konto per sofort zu schliessen.

Das Wikileaks-Konto in der Schweiz hat am Wochenende für Schlagzeilen ge-

sorgt und Postfinance hellhörig gemacht. Als die Kontonummer in den Medien auftauchte, war das für Postfinance «natürlich schon ein Grund, dass man da etwas genauer hinschaut», bestätigt Alex Josty, Sprecher von Postfinance.

Ausweise werden nicht geprüft

Warum aber konnte Assange überhaupt ein Konto eröffnen? Wer ein Postfinance-Konto führen will, muss persönlich bei einer Filiale vorsprechen und allenfalls einen Aufenthaltsausweis vorweisen. In Assanges Fall sei die Überprüfung «hundert Prozent okay und rechtlich korrekt erfolgt, wie bei jedem anderen Kunden auch», sagt Josty.

«Wir haben Hunderttausende von ausländischen Kunden, und da gibt es ganz verschiedene Aufenthaltsdokumente.» Assange habe ein Dokument vorgelegt, das einen Wohnsitz in der Schweiz belegen sollte, so Josty. «Es ist nicht an uns, noch nachzufragen, ob diese Dokumente, die uns vorgelegt werden, echt sind.» Man gehe davon aus,

dass die Angaben stimmen. «Wenn wir sicherstellen wollten, dass jeder, der an den Schalter kommt, hundertprozentig die Wahrheit erzählt, dann könnten wir Tausende von Detektiven einstellen, um den Antragstellern nachzugehen.»

Das Geld, das auf dem Wikileaks-Postkonto liegt, wird wie immer bei Kontoauflösungen dem Inhaber auf ein anderes Konto seiner Wahl überwiesen. Könne der Kontoinhaber nicht eruiert werden, bleibe das Geld auf einem Konto von Postfinance, sagt Josty. Man habe Erfahrung mit verwaisten Konten. «Wir haben Gelder, die jahrelang nicht zustellbar sind, die bleiben alle bei uns auf Sperrkonten.»

Schweizer bekommen übrigens problemlos ein Postkonto für den Zahlungsverkehr. Deutsche, Franzosen, Italiener, Österreicher und Liechtensteiner dürfen ebenfalls ein solches Konto eröffnen, auch wenn sie nicht in der Schweiz wohnen. Alle anderen brauchen ein Domizil in der Schweiz.

Die US-Depeschen zu Österreich, Seite 7

Terrorziele in der Schweiz Wikileaks veröffentlicht eine Liste

Das US-Aussenministerium hat im Februar 2009 eine geheime Liste an ihre diplomatischen Vertretungen verschickt, die Wikileaks nun publik macht. Es geht um ein Inventar von entscheidender Infrastruktur und zentralen Ressourcen, die speziell vor Terrorangriffen geschützt werden müssten. Die US-Botschaften weltweit waren aufgefordert, Infrastrukturen zu melden, «deren Verlust entscheidende Folgen für die öffentliche Gesundheit, die wirtschaftliche Sicherheit und/oder die nationale und innere Sicherheit der USA bedeuten würde».

Aus der Schweiz sind erwähnt: Roche in Basel als Herstellerin des Grippemittels Tamiflu. Die Berna Biotech AG in Bern, weil sie einen Impfstoff gegen Typhus produziert. Und schliesslich die CSL Behring AG ebenfalls in Bern, eine Tochter der amerikanischen CSL Behring, wegen intravenös verabreichbarer Immunglobuline. (vv)